

zu den Ereignissen werden untersucht, letztere bis in die Gegenwart (Band I und II).

M. Duchanov, der bereits 1970 in seinem Buch „Ostzejcy“ die Agrarpolitik des Adels um die Mitte des 19. Jhs. in seinem Sinne interpretiert hatte, beschäftigt sich nun (Band II) mit dem Widerstand der Ritterschaften gegen die Übertragung der Reformen der 60er Jahre auf die Ostseeprovinzen, wobei der Kampf um das Landesrecht natürlich nur als eine Verteidigung der Ständerechte angesehen wird. Überhaupt wird überall, wo davon die Rede ist, der Kampf gegen die Russifizierung (sogar im Schulwesen) negativ bewertet, woraus man fast schließen könnte, daß das ein aktuelles Thema ist. Auch scheint das Image der baltischen Deutschen heute gar nicht so schlecht zu sein, denn sonst wäre all diese Polemik eigentlich sinnlos.

Sehr viel mehr neue Informationen bringen die Beiträge, die sich mit der lettischen sozialdemokratischen und späteren kommunistischen Partei beschäftigen, ihren Beziehungen zu der „guten“ deutschen Sozialdemokratie vor 1914 und nachher zu der Gruppe um Karl Liebknecht und schließlich zur KPD, wobei so überraschende Tatsachen aufgespürt werden wie ein Besuch von Wilhelm Pieck als Abgesandter der Komintern in Riga 1931 anlässlich des 8. Kongresses der lettischen Kommunistischen Partei (Band IV) oder die Vertrautheit P. Stučkas mit der deutschen Freiheitsdichtung eines Herwegh oder Freiligraths und Heines, dessen Gedichte in deutscher Sprache er Lenin auf dessen Bitte hin an sein Krankenlager 1923 sandte.

Die Autoren haben sich ihre Arbeit nicht leicht gemacht und außer sowjetischer auch westliche Literatur bis hin zu kleinsten Verlautbarungen der deutsch-baltischen Organisationen im Bundesgebiet benutzt, dazu viel Material aus den Archiven der beiden Republiken und der Sowjetunion, ja selbst des Zentralen Staatsarchivs in Potsdam, worum man sie nur beneiden kann, denn diese sind Forschern aus dem Westen meist nicht zugänglich. Daß es gelegentlich zu ganz unsinnigen Behauptungen kommt und das Gewicht der angeführten Persönlichkeiten völlig falsch bewertet wird, ist begreiflich, merkt man den Autoren doch oft die Fremdheit gegenüber den dargestellten Dingen an, die sich schon in solchen Bagatellen äußert wie der Transkription des Namens Suphan (Herausgeber der Herder-Gesamtausgabe) als „Sufan“. Außerdem hat das ganze Unternehmen ja bewußt eine propagandistische Absicht und muß als solches hingenommen werden.

Tübingen

Irene Neander

Karl-Heinz Grundmann: Deutschumpolitik zur Zeit der Weimarer Republik.

Eine Studie am Beispiel der deutsch-baltischen Minderheit in Estland und Lettland. (Beiträge zur baltischen Geschichte, Bd. 7.) Verlag Harro v. Hirschheydt, Hannover-Döhren 1977. 741 S.

In seiner hier anzuzeigenden Berliner Dissertation über die deutsche Politik gegenüber der deutschbaltischen Volksgruppe in Estland und Lettland in den Jahren 1919–1932 behandelt Grundmann nicht nur die offizielle Politik der Reichsregierung, sondern versucht auch, die Arbeit der zahlreichen sich mit dem Auslandsdeutschum beschäftigenden Einrichtungen und Organisationen zu schildern. Der Träger der amtlichen deutschen Politik in allen auslanddeutschen Fragen war die neugegründete Abteilung VI — Kultur — des Auswärtigen Amtes, die zugleich bemüht war, auf die Tätigkeit der Deutschumsvereine und Institutionen Einfluß zu nehmen und diese zu vereinheitlichen.

In einem einleitenden Kapitel „Die Tendenzen der deutschen Volkstumspolitik zu Beginn der Weimarer Republik“ stellt der Vf. zunächst dar, wie sich die Einstellung der deutschen Öffentlichkeit zum Auslandsdeutschtum durch den Ersten Weltkrieg wandelte, wie dieses mehr und mehr Interesse fand und wie sich neben dem deutschen Staatsbewußtsein ein gesamtdeutsches Volksbewußtsein zu entwickeln begann. Es folgt ein Kapitel über „Die Entwicklung des Deutschtums im Baltikum und seine Situation zu Beginn der zwanziger Jahre“. Darin geht G. viel zu weit in die Vergangenheit, bis zur deutschen Landnahme im 13. Jh., zurück und setzt die Akzente nicht immer ganz richtig. Mit dem dritten Kapitel „Neubeginn der Deutschtumspolitik im Deutschen Reich und im Baltikum. Erste Phase: 1920—1925“ beginnt der Hauptteil; ihm folgen zwei weitere, „Die Tendenzen der Deutschtumspolitik 1925—1932“ und „Beispiele reichsdeutscher Subventionspolitik“. Auf diese drei Abschnitte soll im folgenden näher eingegangen werden. Ein Quellen- und Literaturverzeichnis, ein Abkürzungsverzeichnis und eine Vorbemerkung, in der der Vf. u. a. einige Erläuterungen zu den von ihm benutzten archivalischen Unterlagen gibt, runden das Werk ab.

Die Lage des baltischen Deutschtums hatte sich durch den Ersten Weltkrieg und die Folgeereignisse, insbesondere die Gründung der Staaten Estland und Lettland und die von diesen beschlossenen Agrarreformen, so verschlechtert, daß es sich nicht mehr aus eigener Kraft behaupten konnte und vor allem für den Wiederaufbau seines Bildungswesens und Kulturlebens und dessen Aufrechterhaltung auf Hilfe angewiesen war. Die Vertreter des Deutschtums in Estland und Lettland suchten und fanden diese in Berlin. Bereits seit 1920 sind Zuschüsse des Auswärtigen Amtes für die deutschbaltischen Schulen in Estland und Lettland nachweisbar. Die bisher vorliegenden Angaben über diese und ähnliche Hilfen aus dem Reich waren recht lückenhaft und allgemein. Erstmalig zeichnet nun G. ein umfassendes Bild der Unterstützungen und Zuwendungen, die dem baltischen Deutschtum aus dem Reich zufließen, nicht nur vom Auswärtigen Amt und seinen Tarnorganisationen wie der Deutschen Stiftung und der Ossa-Vermittlungs- und Handelsgesellschaft, sondern auch vom Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) namentlich für das Schulwesen, vom Gustav-Adolf-Verein für die deutschen Kirchengemeinden und von vielen anderen Stellen und Institutionen, die für ihre Arbeit wiederum teilweise nicht unbeträchtliche Zuschüsse aus Reichsmitteln erhielten. Soweit es die Quellenlage erlaubt, bringt G. genaue Angaben über alle Zahlungen und Subventionen. Die Zuwendungen des Auswärtigen Amtes und der ihm angeschlossenen Organisationen für das baltische Deutschtum in Lettland stiegen von RM 117 200 im Jahr 1927 auf RM 154 800 im Jahr 1932. Der größte Teil dieser Beträge war für die deutschen Schulen bestimmt; ferner sollten sie der Deutschbaltischen Volksgemeinschaft, den deutschbaltischen wissenschaftlichen Gesellschaften, dem Herderinstitut, dem Rigaer Deutschen Theater, dem Pädagogischen Institut, dem Handwerker- und dem Kaufmannslehrlingsheim zugute kommen; ein größerer Betrag war schließlich für Stipendien zur beruflichen Fortbildung in Lettland und Deutschland vorgesehen. Die Deutsche Kulturverwaltung in Estland erhielt seit 1926 alljährlich für ihre Arbeit RM 120 000; dazu kamen Zuschüsse für die deutschen Schulen und verschiedene kulturelle Organisationen. Von besonderer Bedeutung war, daß 1924 der Verlag Ruetz und Co. und damit die „Rigasche Rundschau“, die größte deutschsprachige Tageszeitung Osteuropas, in den Besitz einer Tarnfirma des Auswärtigen Amtes überging. Gelegentlich erhielten auch der „Revaler Bote“ bzw.

die „Revalsche Zeitung“ und die „Dorpater Zeitung“ bei besonderem Bedarf Zuschüsse aus dem Reich.

Zu den finanziellen Hilfsmaßnahmen im Kultur- und Bildungsbereich kamen 1926 erstmalig auch solche auf wirtschaftlichem Gebiet hinzu, und zwar in der Form von Krediten zunächst vor allem für die deutsche Landwirtschaft zur Stärkung der Bodenständigkeit; allem Anschein nach aber flossen in den folgenden Jahren auch dem deutschen Handwerk und der Industrie zinsgünstige Kredite aus Deutschland zu. Ein wichtiges Ereignis für die deutsche Landwirtschaft in Estland und Lettland war ferner die auf den Kurländer Silvio Broedrich zurückgehende Einrichtung einer Lehrwirtschaft in Jeserig in der Mark Brandenburg 1930, in der in zweijährigen Kursen jeweils 30 deutsche Schüler aus den baltischen Ländern und Polen eine landwirtschaftliche Fachausbildung erhalten sollten, die sie zu einer erfolgreichen Bewirtschaftung eines bäuerlichen Betriebes in der Heimat befähigen und, wie es in der Stiftungsurkunde hieß, „ihre allgemeine Bildung und ihr Deutschbewußtsein“ stärken sollte (S. 700).

Die „relativ weitgehende Unterstützung“ der deutschbaltischen Kultur- und Volkstumsarbeit „bedeutete naturgemäß eine faktische Abhängigkeit ... von den Berliner Stellen. Die gewährte Hilfe konnte zu einem empfindlichen Druck genutzt werden, sobald sie an bestimmte Auflagen geknüpft wurde“, stellt G. zusammenfassend zweifellos zu Recht fest (S. 720). Diese Gefahr wurde von den maßgebenden Vertretern des baltischen Deutschtums auch deutlich gesehen.¹ Solange die Weimarer Republik Bestand hatte, kam es aber zu keinen Komplikationen, wenn es auch Versuche der Deutschen Gesandten gab, auf die deutschbaltische politische Führung im Interesse der Reichspolitik Einfluß zu nehmen. Den bekanntesten Vorfall dieser Art stellten die Bemühungen des Rigaer Gesandten Köster 1927 dar, die deutsche Parlamentsfraktion dafür zu gewinnen, für die von den rechten lettischen Parteien, vor allem dem Bauernbund, bekämpfte Ratifizierung des von der Regierung Skujenieks-Cielēns mit der Sowjetunion abgeschlossenen Handelsvertrages zu stimmen. Die deutsche Fraktion selbst war in ihrer Stellungnahme gespalten; während der Abgeordnete Schiemann geneigt war, dem Vertrag zuzustimmen, hielt es der Abgeordnete Baron Fircks für falsch, mit den linken gegen die rechten lettischen Parteien zu stimmen. Die Bemühungen Kösters, die deutsche Fraktion von der Zweckmäßigkeit der Unterstützung der Regierung Skujenieks-Cielēns zu überzeugen, hingen, wie G. zeigt, mit einer Vorsprache des Berliner Sowjetbotschafters Krestinskij im Auswärtigen Amt zusammen, in der dieser u. a. auf die Gefahr hingewiesen hatte, daß in Lettland nach dem Sturz der Regierung Skujenieks eine rechte Regierung folgen könne, die sich nach Polen orientieren werde (S. 467 ff.).

Leider begnügt sich G. nicht mit der Untersuchung und Behandlung der Deutschtums-, insbesondere der Subventionspolitik der Weimarer Republik,

1) So erklärte der Präsident der Deutschbaltischen Volksgemeinschaft in Lettland Wilhelm von Rüdiger am 21. Mai 1930 auf dem Delegiertentag derselben in einem Appell an die Gefreudigkeit der Volksgruppe u. a.: „Immer fraglicher wird es, ob wir auf die Dauer die Unterstützung unserer ausländischen Freunde in demselben Maße werden erlangen können. Gar nicht zu reden davon, daß es im äußersten Grade wünschenswert ist, daß wir allmählich dazu gelangen, selbst für uns zu sorgen und auf diese Weise uns unsere Unabhängigkeit zu wahren...“ W. Wachsmuth: Von deutscher Arbeit in Lettland 1918—1934, Bd 1: Die deutsch-baltische Volksgemeinschaft in Lettland 1923—1934, Köln 1951, S. 421.

sondern versucht darüber hinaus auch, weit mehr, als im Zusammenhang seines Themas notwendig ist, die deutschbaltische Politik und Haltung gegenüber dem estnischen und lettischen Staat bzw. den Esten und Letten und die Rolle der deutschbaltischen Emigration im Reich darzustellen und zu charakterisieren. Das ist weder ein Gewinn für die Studie, vielmehr wird sie dadurch überflüssigerweise aufgebläht, noch werden wesentliche neue Erkenntnisse sichtbar. Im Gegenteil, der Vf. kommt dabei gelegentlich zu Fehlinterpretationen und Fehlbeurteilungen, weil seine Unterlagen für die Behandlung dieser Fragen letztlich doch nicht ausreichen und er naturgemäß mit der komplizierten Problematik des deutschbaltisch-lettischen und deutschbaltisch-estnischen Verhältnisses nicht ausreichend vertraut sein kann.

Diese Beanstandungen mindern den Wert der Ausführungen G.s zur Politik Berlins gegenüber dem baltischen Deutschtum in Estland und Lettland nicht. Es ist ihm gelungen, in teilweise mühseliger Kleinarbeit auf einem Gebiet exakte Grundlagen zu schaffen, das in den 1930er Jahren noch eine ungleich größere Bedeutung gewinnen sollte.

Hamburg

Jürgen von Hehn

Patricia Kennedy Grimsted: Archives and manuscript repositories in the USSR. Moscow and Leningrad. Supplement 1. Bibliographical addenda. (Bibliotheca Slavica, Bd 9.) Inter Documentation Company AG. Zug [u.] London 1976. XIV, 204 S.

Bereits bei der Publikation des Handbuches im Jahre 1972¹ war vorauszu-
sehen, daß ein Nachtrag nötig sein würde. Der Hauptband beschrieb die
verschiedenen Archive in Moskau und Leningrad mit ihren Findmitteln in mög-
lichster Ausführlichkeit; die ungemein verstreuten Bibliographien zu den
Archiven konnten schlechterdings im ersten Anlauf nicht vollständig beige-
bracht werden. Nicht nur ist das Verzeichnis auf den laufenden Stand gebracht
worden, sondern die unermüdliche Bibliographin hat eine Menge älterer Publi-
kationen ermittelt, z. B. sechs wichtige Titel zur litauischen Metrik, fünf über
baltische Archivalien in zentralen Archiven usw. Das Supplement ist nicht zu
entbehren. — Die Findbücher, Arbeitsunterlagen, sind zu einem guten Teil
(etwa 600 Titel) als Microfiche-Edition (im selben Verlag) dazu erschienen, für
die ein eigener Katalog (Finding-Aids on Microfiche) veröffentlicht ist. Die
Lektüre läßt ahnen, wieviel in den Archiven der Sowjetunion an ungehobenen
Schätzen verborgen ist und wie wenig, vor allem uns in der Bundesrepublik
Deutschland, zugänglich gemacht wurde.

Marburg a. d. Lahn

Peter Scheibert

1) Vgl. die Besprechung in: ZfO 22 (1973), S. 781—782.

Erich Donnert: Politische Ideologie der russischen Gesellschaft zu Beginn der Regierungszeit Katharinas II. Gesellschaftstheorien und Staatslehren in der Ära des aufgeklärten Absolutismus. (Akademie der Wissenschaften der DDR. Zentralinstitut für Geschichte. Quellen und Studien zur Geschichte Osteuropas, Bd XX.) Akademie-Verlag. Berlin 1976. VIII, 206 S.

Erich Donnert, Professor an der Sektion Geschichte/Staatsbürgerkunde der Martin-Luther-Universität Halle, läßt sich mit vorliegender Untersuchung auf ein Gebiet ein, über das es in der sowjetischen Forschung in jüngster Zeit bemerkenswerte Kontroversen gegeben hat. D. geht darauf nicht ein. Für ihn ist die Absolutismus-Diskussion mit A. I. Cistozvonovs These von zwei Hauptformen absolutistischer Staaten in Europa abgeschlossen. Ohne Begründung schließt er sich der Auffassung des sowjetischen Historikers an, daß Rußland